INFO BERLINER UNDOGMATISCHER GRUPPEN 173

11.9.77 wöchentlich 4.Jhg brd 0.70 0.50 DM

WIR FRAGEN: WAS WUSSTE PARDON SCHON IM DEZEMBER '76, ALS DIESE KARIKATUR DORT VERÖFFENTLICHT WURDE ?

WIR LEHNEN ES AB, SOLCHE KARIKATUREN ZU VERÖFFENTLICHEN. BEI PERSONEN, DIE WIE DER ABGEBILDETE HERR DAUERND DAMIT RECHNEN MÜSSEN, PLÖTZLICH IM MITTELPUNKT DES ÖFFENTLICHEN INTERESSES ZU STEHEN, EMPFIEHLT ES SICH, VORSICHTIG ZU SEIN: IN BESTIMMTEN SITUATIONEN KANN DIE VERÖFFENTLICHUNG EINFACH PIETÄTLOS SEIN.

Wer ist Hanns Martin Schleyer?

An Macht und Einfluß ist er allen anderen, auch Franz Josef Strauß, überlegen.

Doch selbst wenn Dr. Schleyer, inzwischen nicht nur BDA-Präsident, sondern auch noch Präsident des BDI, des mächtigen ›Bundesverbands der Industrie‹, vorerst kein hohes Staatsamt anstrebt, ist er durch seine hohen Kommandoposten in der bundesdeutschen Wirtschaft (und durch die Rückendeckung, die er als langjähriger Personalchef der Daimler-Benz AG hat) in jedem Fall ein entscheidender Faktor für die vom Wohlwollen der Unternehmerschaft und des Konzernmanagements abhängigen Unionsparteien.

Um so erstaunlicher ist es, wie wenig die Öffentlichkeit über Hanns Martin Schleyer bisher erfahren hat. Der ihn betreffende Eintrag im neuesten ›*Wer ist wer?*‹ lautet schlicht:

»Schleyer, Hanns Martin, Dr. jur., Vorstandsmitglied der Daimler-Benz AG, Stuttgart-Untertürkheim, Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Köln (seit 1973), Vorsitzender der Landesvereinigung baden-württembergischer Arbeitgeberverbände, Stuttgart (seit 1970). – Geboren am 1. Mai 1915 in Offenburg/Baden (Vater: Ernst Schleyer, Richter; Mutter: Helene, geb. Reithinger); verheiratet seit 1939 mit Waltrude geb. Ketterer; 4 Söhne. – Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, Promotion in Innsbruck. – Seit 1951 bei Daimler-Benz (1959 stellvertretendes, 1963 ordentliches Vorstandsmitglied), Aufsichtsratsmandate (zum Teil Vorsitz); Mitglied der CDU. – Buchveröffentlichung: Das soziale Modell, 1973.«

Diese recht mageren Informationen lassen sich jedoch beträchtlich ergänzen:

Zunächst muß erwähnt werden, daß Hanns Martin Schleyer, dessen Richter-Vater immerhin Landgerichtsdirektor gewesen ist, schon als Schüler am Gymnasium von Rastatt (Baden) der Hitlerjugend beitrat. Das war 1931, zwei Jahre *vor* der nationalsozialistischen Machtübernahme, so daß sich der 1934 an der Universität Heidelberg sein Studium beginnende stud. jur. Schleyer trotz seiner erst 19 Jahre als »Alter Kämpfer« bezeichnen durfte; an der schwarzen Uniform der SS, der Schleyer (SS-Mitgliedsnummer 227014) inzwischen beigetreten war, trug er das Goldene Ehrenzeichen. Daneben aber wurde er auch Mitglied einer schlagenden Verbindung, nämlich des Korps Suevia im Kösener SC.

Bald jedoch konzentrierte sich die Aktivität des stud. jur. Hanns Martin Schleyer auf andere studentische Organisationen, die das Ziel hatten, die Universitäten in *»Forschungs- und Erziehungsanstalten nationalsozialistischer Prägung«* zu verwandeln. Er wurde Leiter des *Reichsstudentenwerks* in Heidelberg; später wurden ihm gleiche Funktionen in Innsbruck und Prag übertragen.

Über die Einrichtungen des ›Reichsstudentenwerks‹ sowie über die sogenannten ›Mannschaftshäuser‹, die von seiten der SS an den deutschen Universitäten geschaffen wurden, ist bis heute verhältnismäßig wenig bekannt. Die etwas pauschale Feststellung von Richard Schmid in der Wochenzeitung ›Die Zeit‹, beim ›Reichsstudentenwerk‹ der Nazizeit habe es sich um eine *»Tarnorganisation des Sicherheitsdienstes (SD)«* gehandelt, bedarf einer Einschränkung:

Zwar wurden die SS-Mannschaftshäuser vom SD finanziert, und etwa zwei Drittel der dort untergebrachten Studenten gehörten dem SD an, vom dem sie nach Beendigung des Studiums dann als hauptamtliche SD- oder Polizeioffiziere übernommen wurden. Doch waren diese SS-Mannschaftshäuser bis 1939 formell dem SS-Rasse- und Siedlungshauptamt (RuSHA) unterstellt, und zwischen der SS und dem Reichsstudentenwerk gab es lediglich prinzipielle Abmachungen über den organisatorischen Einbau und die bevorzugte Behandlung der Mannschaftshäuser. Diejenigen SS-Männer, die nicht schon als Studenten dem SD angehörten und eine Laufbahn im Verwaltungsdienst, in der Wirtschaft oder im freien Beruf anstrebten, wurden von RuSHA später der Allgemeinen SS überwiesen, daneben allerdings »beim SD-Hauptamt geführt«. Darunter war zu verstehen, daß sie dazu ausersehen waren, in ihren künftigen Funktionen als Beamte, Diplomaten, Wissenschaftler oder Wirtschaftsmanager mit dem SD zusammenzuarbeiten. Weil der SD daran interessiert war, diese Zusammenarbeit geheimzuhalten, unterblieb eine offizielle Übernahme; diese Akademiker wurden den örtlich in Frage kommenden SS-Standarten zugewiesen.

Was den Jurastudenten, Reichsstudentenwerks-Amtswalter und SS-Scharführer Hanns Martin Schleyer betrifft, so wurde er mit Wirkung vom 15. Juni 1937 vom SS-Rasse- und Siedlungshauptmann als Schulungsleiter an die 13. SS-Reiterstandarte überwiesen. Etwa um dieselbe Zeit, genauer: mit Datum vom 29. Mai 1937, erstattete Amtswalter Schleyer (zusammen mit Studentenführer Gernot Gather, heute im Vorstand der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947, Frankfurt am Main) einen Bericht über das nazifeindliche Verhalten des Rektors der benachbarten Universität Freiburg im Breisgau, Professor Dr. Metz. Dies hatte für den Rektor unangenehme Folgen: Nur wegen seiner *»früheren Verdienste um die nationalsozialistische Bewegung in Österreich«* wurde er nicht sofort amtsenthoben, sondern erst zum 31. März 1938 abgelöst.

Anfang 1938, nach bestandener erster juristischer Staatsprüfung und Ernennung zum Gerichtsreferendar, erhielt Hanns Martin Schleyer sowohl vom Karlsruher Oberlandesgerichtspräsidenten wie von der 13. SS-Reiterstandarte Sonderurlaub für einen *»Auslandseinsatz«* in Österreich, das in jenen Tagen seine Selbständigkeit verlor. Nachdem Wehrmacht, Polizei, SS, Gestapo und SD die ›Ostmark‹ fest unter Kontrolle hatten, begann der Referendar und SS-Oberscharführer Schleyer mit dem Aufbau einer *Reichsstudentenwerks*-Filiale an der Universität Innsbruck, deren Leitung ihm übertragen wurde. Im Sommer 1938 wurde er bei seiner reichsdeutschen Ausbildungsbehörde vorstellig mit der Bitte, ihn mit Rücksicht auf seinen Sonderauftrag *»der Polizeidirektion Innsbruck zuzuweisen«*.

Nach der Annexion der Sudetengebiete und dem Einmarsch in die Rest-Tschechoslowakei, die kurzerhand zum ›Reichsprotektorat Böhmen und Mähren‹ erklärt wurde, erhielt der inzwischen zum Doktor juris promovierte Amtswalter Schleyer einen neuen Sonderauftrag: die *»Errichtung und Leitung des Reichsstudentenwerks an der Universität Prag«*. Und als die für seine Ausbildung zuständigen Behörden im ›Altreich‹ ungeduldig zu werden begannen und Dr. Schleyer aufforderten, endlich seinen ordnungsgemäßen Dienst bei einer Verwaltungsstelle aufzunehmen, teilte dieser dem Reichs- und preußischen Innenminister forsch mit: *»Ich bin alter Nationalsozialist und SS-Führer und darf für mich in Anspruch nehmen, daß mich keine äußerlichen Beweggründe hier – in Prag – festhalten . . . Die uns in jungen Jahren in der Kampfzeit anerzogene Bereitschaft, Aufgaben zu suchen und nicht auf sie zu warten, haben uns früher als sonst üblich in Verantwortung gestellt. Diese Aufgabe glaube ich hier im Protektorat gefunden zu haben . . .*

Heil Hitler!

gez. Dr. Hanns Martin Schleyer.«

Tatsächlich stand der junge Dr. Schleyer dann bis weit in die Kriegsjahre hinein – nur einmal kurz unterbrochen durch eine Einberufung zu den Gebirgsjägern, doch schon bald aus gesundheitlichen Gründen aus der Wehrmacht wieder entlassen – an der Spitze der gesamten Partei- und SS-Hochschularbeit im ›Protektorat‹ und im Sudetenland; ihm unterstanden rund 160 Angestellte, und sein Jahresetat, einschließlich Liegenschaftsvermögen, betrug knapp zehn Millionen Reichsmark.

Dies geht hervor aus einem Brief, den der Schwiegervater des inzwischen mit einer Münchner Arzttochter verheirateten Regierungsreferendars Dr. Hanns Martin Schleyer, Dr. Ketterer, an einen alten Freund, den SA-Brigadeführer Dr. von Helms, Ministerialrat in der Personalabteilung des Reichsinnenministeriums, richtete. In diesem Schreiben bat Dr. Ketterer, der sich im Briefkopf als *»SA-Obergruppenführer und Ratsherr der Hauptstadt der Bewegung«* auswies, seinen SA-Untergebenen v. Helms eindringlichst um Verständnis für den Wunsch des Schwiegersohns, weiter in Prag bleiben zu dürfen und seinen *»Dienst für die Partei«* auf seine ihm noch fehlende Ausbildungszeit wenigstens teilweise anzurechnen. Obergruppenführer Dr. Ketterer, Uralt-Parteigenosse und einer der höchsten SA-Führer, wies in seinem Schreiben ganz besonders darauf hin, daß die Arbeit seines Schwiegersohns Schleyer, *»deren Bedeutung auf politischem und völkischem Gebiet gerade im Protektorat nicht hoch genug eingeschätzt werden kann«*, eine Ausnahmeregelung unbedingt erforderlich mache, *»denn damit sind schwerwiegende Parteiinteressen gegeben«*.

Mit diesen geheimnisvollen Andeutungen des Alt-Pg. Dr. med. Ketterer, SA-Obergruppenführer in der Obersten SA-Führung, wäre die weitere Parteiarbeit des SS-Führers und Reichsstudentenwerks-Amtsleiters Dr. Schleyer in Prag sicherlich gewährleistet gewesen. Doch Hanns Martin Schleyer hatte in Prag bereits eine neue, nunmehr »kriegswichtige« Aufgabe gefunden: Er wurde Chef des Präsidialbüros im ›Zentralverband der Industrie für Böhmen und Mähren‹, zuständig für die Mobilisierung des gesamten tschechoslowakischen Industriepotentials im Interesse der deutschen Rüstung.

In dieser wichtigen Stellung blieb Dr. Schleyer bis zum beinahe letzten Augenblick in Prag; erst wenige Tage vor der Eroberung der Stadt durch die Rote Armee setzte er sich ab und fuhr mit einem der letzten Transporte ›heim ins Reich‹. Dort kam er jedoch schon sehr bald unter sogenannten ›automatischen Arrest‹ und wurde als SS-Führer mit langjährigen besonderen Aufgaben im Hochschulbereich und in der Kriegswirtschaft rund drei Jahre von den Alliierten gefangengehalten. Dann aber, nach einer kurzen, für den Regierungsreferendar a. D. mit abgebrochener Ausbildung sicherlich schwierigen Übergangszeit, begann schon 1951 Dr. Schleyers unaufhaltsamer Aufstieg bei der Daimler-Benz AG, wo er es binnen acht Jahren zum zunächst stellvertretenden, nach weiteren vier Jahren zum ordentlichen Vorstandsmitglied dieses Weltkonzerns brachte. (Übrigens, Daimler-Benz-Generaldirektor, ehemaliger SA-Obersturmführer Dr. Joachim Zahn, ist ein noch älterer »Alter Kämpfer« der Nazi-Partei – Mitgliedsnummer 350 194 – als Schleyer.)

Daneben profilierte sich Dr. Schleyer als sehr energischer Vertreter der Unternehmerinteressen, erst im Bereich der Metallindustrie Baden-Württembergs, dann im Landesverband und bei ›Gesamtmetall‹ und schließlich bei der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), deren Präsident er seit 1973 ist. Außerdem wurden ihm zahlreiche wichtige Aufsichtsratsmandate zuteil, und seit 1976 hat er, zusätzlich zum Amt des BDA-Präsidenten, auch noch den höchsten Kommandoposten der bundesdeutschen Wirtschaft, den Vorsitz im Präsidium des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), übernommen.

AUS: SCHWARZBUCH
Engelmann

Demonstration KALKAR 24.9.

ATOMKRAFT? NEIN DANKE

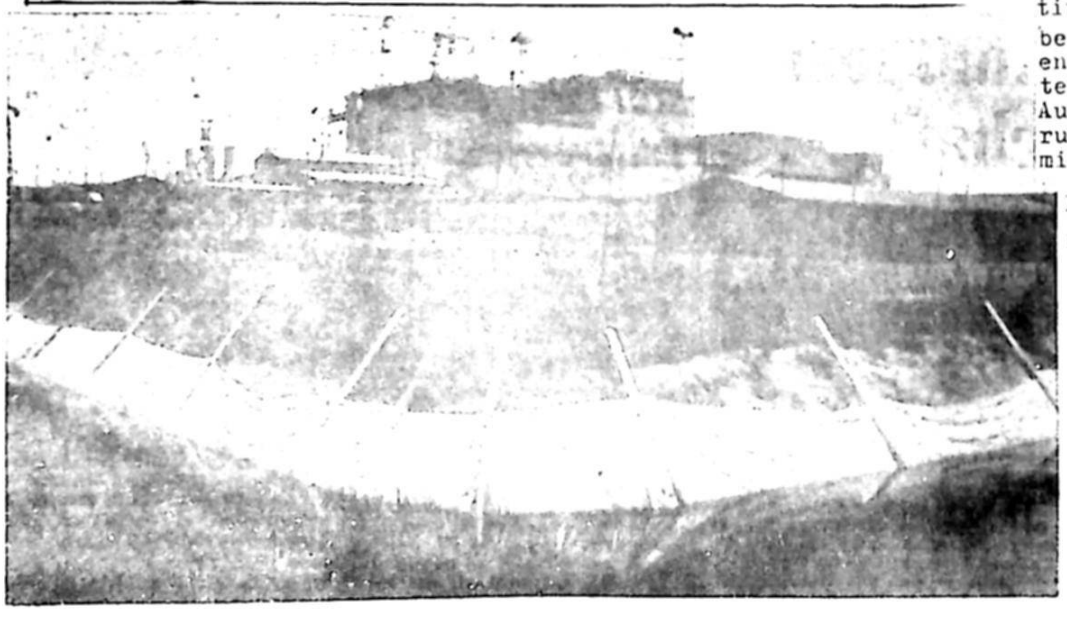
Mit den großen Demonstrationen in Wyhl, Brokdorf und Grohnde wurde eine breite Protestbewegung geschaffen gegen die mörderischen Atomanlagen.
Immer deutlicher wurde dabei, daß alle Beteuerungen der Atomkraftbetreiber und der Regierung, sie würden alle Sicherheitsmaßnahmen für die Bevölkerung berücksichtigen, nicht wahr sind. Besonders deutlich wurde mit dem sogenannten 'Bürgerdialog' der Bundesregierung, daß viel erzählt wurde, aber nicht im geringsten die ernsthaften Bedenken der Bevölkerung anerkannt wurden. Nach wie vor sind die Atomkraftwerke weder sicher, noch schaffen sie Arbeitsplätze, sondern sie gefährden unser Leben. Für den Profit der AKW-Betreiber wird das Leben hunderttausender Menschen riskiert.
Damit kann niemand einverstanden sein, deshalb muss das Atomenergieprogramm vom Tisch.
Der Schnelle Brüter in Kalkar ist eine besondere Gefahr. Er arbeitet auf der Grundlage von Plutonium, dem gefährlichsten Gift, das wir kennen. Schon beim 'Normalbetrieb' werden erhebliche Mengen von Radioaktivität freigesetzt. Mit Plutonium werden Atombomben gebaut. Die Auswirkungen eines großen Unfalls im SNR 300 (Schneller Brüter)sind gleichzusetzen mit denen einer Atombombenexplosion. Schnelle Brüter übertreffen die Risiken aller anderen AKW's.
Die im Bundestag geführte Scheindebatte soll nur unseren Widerstand lähmen. Dies hat noch einmal deutlich gezeigt, daß wir nur gestützt auf unsere eigenen Kräfte einen wirklichen Beitrag zur Verhinderung des Schnellen Brüter's leisten können, deshalb unterstützen wir die Klage gegen den Schnellen Brüter, die ein Landwirt gestellt hat. Rechtsanwälte aus Wyhl führen den Prozess.
Gemeinsam mit den niederländischen Atomkraftgegnern wird am 24.9.1977 eine breite Demonstration stattfinden. Dabei ist es heute dringender denn je, das Recht am Bauplatz zu demonstrieren, zu verteidigen. Die Versuche das Demonstrationsrecht durch massive staatliche Einschüchterung zu beschneiden, weisen wir zurück und rufen alle Gegner des Atomprogramms auf, mit uns am Bauplatz des Schnellen Brüters zu demonstrieren.
Wir halten Bauplatzbesetzungen, wie in Wyhl, Brokdorf und Grohnde für berechtigte Kampfaktionen. Wir halten eine Bauplatzbesetzung in Kalkar am 24.9.1977 jedoch für nicht durchführbar. Eine spätere Besetzung wird hierdurch nicht ausgeschlossen.
Wir suchen keine Konfrontation mit der Polizei. Wir wollen den SNR 300 verhindern! Die Gewalt geht nicht von uns aus, sondern von der Regierung und der Atomindustrie, die gegen den erklärten Willen der Bevölkerung den Brüter bauen wollen.
Wir fordern:

- Abzug der Polizei
- Schluß mit den Bürgerkriegsmanövern der Polizei
- ungehinderter Zugang zum Demogelände am Bauplatz
- ungehinderte An- und Abfahrt aller Demoteilnehmer, bes.
- freier Grenzübertritt für die Holländer
- wir bestehen auf unserem Recht auf dem Demogelände am Bauplatz zu demonstrieren

KEIN AKW AM NIEDERRHEIN UND AUCH NICHT ANDERSWO
WEG MIT DEM SCHNELLEN BRÜTER IN KALKAR
SOFORTIGE EINSTELLUNG ALLER BAUMASSNAHMEN
WEG MIT DEM ATOMENERGIEPROGRAMM DER BUNDESREGIERUNG
KEINE URANANREICHERUNGSANLAGEN, WAA, ATOMMÜLLDEPONIEN
KEIN EXPORT VON ATOMANLAGEN
KEINE KRIMINALISIERUNG VON AKW-GEGNERN
EINSTELLUNG ALLER ERMITTLUNGS- UND STRAFVERFAHREN
UNTERSTÜTZT DEN PROZESS GEGEN DEN SCHNELLEN BRÜTER

Unabhängig von den Parteipolitischen Auffassungen rufen wir alle AKW-Gegner auf, einheitlich in Kalkar zu demonstrieren und die Spaltung zu überwinden.
Eine große Massendemonstration wird zeigen müssen, daß die deutsche und niederländische Bevölkerung den Bau vom Schnellen Brüter absolut ablehnt. Nach Wyhl, Brokdorf, Grohnde wollen wir einen neuen Höhepunkt im Kampf gegen das Atomprogramm schaffen.
WO RECHT ZU UNRECHT WIRD, WIRD WIDERSTAND ZUR PFLICHT!

Interessengemeinschaft gegen radioaktive Verseuchung (Kalkar)
Bürgeraktion 'Stop Kalkar' (Moers), NBA-Vorstand, BI Duisburg, Umweltschutzgruppe Aachen,
BI Leverkusen, BI Stop Kalkar (4 Ortsgruppen), BI Hagen, BI KKW-Köln, BI Niederrhein-Krefeld,
BI Mühlheim/Ruhr, BI Gkirchen, Büro f. Atomenergieprobleme Bochum, AKW NEE Gruppe Aachen, 34 Initiativen der Landeskonferenz NRW, AUD.
'LANDELIJK ENERGIE KOMITEE' (Dachverband gegen Atomenergie i. d. Niederlanden) Stromgroop 'Stop Kernenergie Nijmwegen'
Spendenkonto Volksbank Kleve/Kellen Nr.: 700032 (Stop Kalkar) V.i.S.d.P.: Degen, Zahnstr. 23, 4230 Moers



massive Sicherungsanlagen rund um die Baustelle des "Schnellen Brüters" in Kalkar

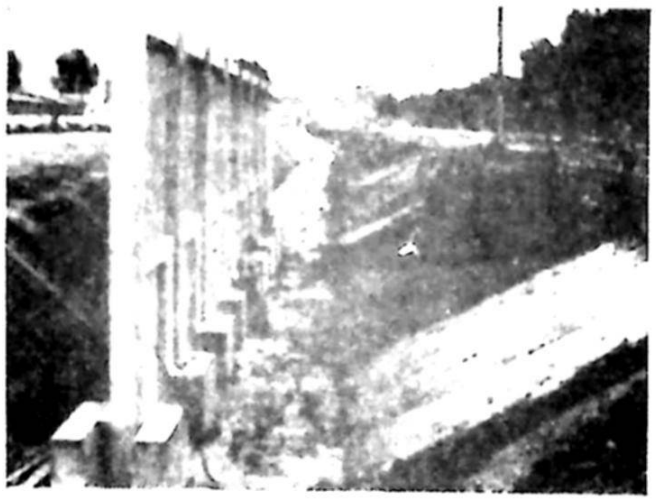
Der nebenstehende Aufruf zur zentralen Demonstration in Kalkar am 24.9. wurde inzwischen neben den schon erwähnten Initiativen und Gruppen von zahlreichen weiteren im In- und Ausland unterzeichnet. Allein aus Holland sollen 10.000 Demo-Teilnehmer erwartet werden.

Die große Bedeutung dieser Demonstration ist natürlich auch der Gegenseite bewußt. Seit bekannt ist, daß die AKW-Gegner am 24.9. eine Großkundgebung in Kalkar organisieren, hat die Polizei im Auftrag der Landesregierung die Bedrohung und die Bespitzelung der örtlichen AKW-Gegner verschärft. In den Schulen von Goch, Kleve, Xanten u.a. Orten erkundeten Beamte des politischen Kommissariats die Unterbringung von ungefähr 10.000 Mann Polizei und BGS.
Als z.B. Menschen abends vor dem "Schnellen Brüter" Lieder sangen, bekamen sie Anklageschriften wegen Beteiligung an einer unerlaubten Demonstration. Ähnliche Einschüchterungsmaßnahmen gibt es in Fülle: so wird z.B. jeder, der den Bau fotografiert, angehalten, und seine Personalien werden festgestellt. Gleichzeitig wird Kalkar zu einer Festung ausgebaut, die Brokdorf unf Grohnde in den Schatten stellt.
Rund um den "Schnellen Brüter" wird eine 5 Meter hohe Stahlbetonmauer gezogen (s. Foto), ein Wasserwerferweg im Gelände wurde angelegt, der Kostenaufwand der Sicherungsmaßnahmen beträgt 8,5 Mill. DM. Bis zum 24.9. sollen noch mehrere Sperrgürtel gezogen werden. Was aber der Polizei noch wichtiger ist: Sie will den aktiven "Kern" der Störer schon im Vrfeld zersplittern. In geradezu faschistischer Manier werden in der Zeitschrift "Kriminalistik" die Lehren aus Brokdorf und Grohnde gezogen:
"Die Polizei wird sich konzeptionell auf eine vorbeugende Verunsicherung und Störung der Kader einstellen müssen. Präventivpolizeiliche Maßnahmen und Aktionen der Schutz- und Kriminalpolizei, die bereits zum Zeitpunkt der Planung und Vorbereitung einsetzen, können verhindern, daß diese militanten Einheiten sich formieren, geplant anrücken und geschlossen unter einheitlicher Führung auftreten. Reine defensive Einsatzkonzeptionen ähnlich Brokdorf (!) werden auf die Dauer die immer aggressiver und mit Unterstützung größerer Massen anrückenden militanten Störer nicht mehr aufhalten."
(aus: "kriminalistik" Nr. 5/1977)
Entsprechend dieser "Polizeilehren" werden seit der Planung der Aktion durch die NRW-Landeskonferenz der Bürgerinitiativen jede Planungskonferenz von Polizei bespitzelt und in der Nähe entsprechender Sirtzungen werden Hundertschaften der Polizei bereitgehalten.
Auch die "Bekanntmachung" des Regierungssprechers Bölling im Zusammenhang mit der Schleyer-Entführung paßt in

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung KALKAR...

dieses Konzept. Bölling teilte mit, daß ein Anruf eingegangen sei, in dem angekündigt wurde, daß nach Schleyer ein Vertreter der Energiewirtschaft entführt werde. Damit wird von höchster Seite eine systematische Progromhetze gegen die Anti-AKW-Bewgung betrieben, werden Überfälle der Polizei auf AKW-Gegner schon im voraus gerechtfertigt.



In Vorbereitung auf die Großdemonstration am 24.9. lassen die RWE um den „Schnellen Brüter" in Kalkar einen 5 Meter hohen Zaun ziehen, der alles bisher dagewesene übertreffen soll. Der Zaun ist 2 Meter tief in einen Wassergraben eingelassen und ragt 3Meter aus dem Wasser heraus (d.h. er ist von beiden Seiten mit Wasser umgeben). Im Betonzaun, der in Betonsockel eingelassen ist, sind schießschartenähnliche Schlitze fur Geschosse aller Art angebracht.

Die Bürgerinitiativen haben in NRW von Anfang an auf ein breites Bündnis zur Vorbereitung des K Kampfes gegen den "Schnellen Brüter" in Kalkar gesetzt. Es wurde ein Palnungsausschuß gebildet, der von rund 50 BIs unterstützt wird, neben den über 40 BIs der Landeskonferenz NRW, u.a. von LBU-Initiativen und WSL-Gruppen, sowie den holländischen Verbänden. Trotz verschiedenster Differenzen in wichtigen Fragen wie den Formen und den Zielen des Kampfes gelang es, einen Aufruf zu verabschieden (Aufruf s. vorige Seite), der die Grundlage für ein breites Bündnis und die Einheit der AKW-Gegner bildet, unabhängig von ihren politischen Auffassungen und den verschiedenen Positionen in Bezug auf die Kampfformen. So erkannten verschiedene Vertreter des "Landelijk Energie Komitee" im Verlauf der Diskussion die Bedeutung einer Kundgebung am Bauplatz und die Notwendigkeit, demokratische Rechte zu verteidigen. So wurden auch Positionen zurückgewiesen, die für eine "Denkpause" eintraten und nur den "Stop" des Atomprogramms forderten. Als Ziel der Demonstration wurde demgegenüber angesehen, eine breite Mobilisierung, vor allem auch in der Umgebung des Schnellen Brüters zu erreichen und die Demonstration verstanden als Keilenstein im Kampf gegen das gesamte Atomprogramm der Bundesregierung.
Besonders gerungen wurde um die Frage, ob am 24.9. versucht werden soll, den Bauplatz zu besetzen. Einige wollten diese Frage offenlassen, während ein Teil der Initiativen seine Teilnahme davon abhängig machte, ob eine Besetzung ausdrücklich ausgeschlossen wird, wofür sich vor allem Vertreter des "gewaltlosen Widerstands" aussprachen. Von einem Teil wurde bezweifelt, ob man/frau mit einer Besetzung überhaupt glaubwürdig der Bevölkerung die Ziele erklären könne. Doch die Mehrheit der Initiativen vertrat demgegenüber die Auffassung, daß das nicht nur möglich, sondern auch notwendig sei, um das Ziel zu erreichen. Schließlich konnte folgender Kompromiß erzielt werden:
"Heute ist es dringender denn je, das Recht, am Bauplatz zu demonstrieren, z zu verteidigen.... Wir halten Bauplatzbesetzungen wie in Wyhl, Brokdorf und Grohnde für berechtigte Kampfaktionen. Wir halten eine Bauplatzbesetzung in Kalkar am 24.9. jedoch für nicht durchführbar. Eine spätere Besetzung wird hierdurch nicht ausgeschlossen. Wir suchen keine Konfrontation mit der Polizei. Wir wollen denSNR 300 verhindern! Die Gewalt geht nicht von uns aus, sondern von der Regierung und der Atomindustrie, die gegen der erklärten Willen der Bevölkerung den "Schnellen Brüter" bauen wollen."

Die örtlichen BIs hoffen auf breite Unterstützung der Demonstration aus dem ganzen Bundesgebiet und Westberlin sowie aus dem Ausland.

Die Demonstration beginnt am Samstag, 24.9.77 um 10 Uhr am Markt in Kalkar und führt zum Bauplatz, wo eine Großkundgebung stattfinden wird. Der Bauer hat seine Wiese schon für die Kundgebung zur Verfügung gestellt.

Also: AUF NACH KALKAR!!!

„Rollendes Anti-Atom-Dorf" auf dem Weg nach Kalkar

Hameln (dpa). Ein sogenanntes rollendes Anti-Atom-Dorf hat am Sonnabend seine Reise von Grohnde bei Hameln an der Oberweser zur Baustelle des „Schnellen Brüters" in Kalkar am Niederrhein angetreten. Nach Angaben eines Sprechers der Bürgerinitiative Hameln fahren etwa 20 Kernkraftgegner, die das „Anti-Atom-Dorf" auf dem Kühlturm-Baugelände der Grohnder Kernkraftwerks-Baustelle bis zur polizeilichen Räumung am 23. August bewohnt hatten, in der Wagenkolonne mit. Das „rollende Anti-Atom-Dorf" soll bis zum 24. September in Kalkar eintreffen; für diesen Tag ist eine Großkundgebung von Kernkraftgegnern geplant.

Schnelle Brüter

„Schnelle Brüter" gelten als die Atomkraftwerke von übermorgen. Enormen technischen Problemen und Sicherheitsbedenken stehen andererseits große ökonomische Vorteile bei den plutoniumproduzierenden und -verbrauchenden Atomreaktoren gegenüber.

Seinen Namen hat dieser Reaktortyp von den schnellen Neutronen, die in seinem Inneren entstehen und die Plutonium spalten. „Brüter" heißt er, weil er aus nicht spaltbarem Uran-238 den spaltbaren Kernbrennstoff Plutonium „erbrütet". Drei Anlagen in der Große des Kernkraftwerks Kalkar arbeiten bereits in der UdSSR, in Frankreich und in Großbritannien.

Das größte Problem dieses Reaktortyps hangt eng mit seinem großten Vorteil zusammen: Die heutigen Leichtwasserreaktoren konnen nur 0,7 Prozent des in der Natur vorkommenden Urans ausnutzen, da sie nur „Uran-235" spalten. Die restlichen 99,3 Prozent des Urans werden bisher zum Abfall geworfen. Im „Schnellen Brüter" kann man diese Uranart jedoch in Plutonium umwandeln, das in den gleichen Reaktoren wieder einsetzbar ist. Experten versprechen sich dadurch eine fünfzigfach bessere Ausnutzung der Uranvorräte. „Schnelle Brüter" sollen sogar in Zukunft mehr spaltbares Plutonium erbrüten als sie selbst verbrauchen — und damit den Grundstock fur weitere derartige Kraftwerke liefern.

Das hochgiftige Plutonium ist jedoch auch ein geeigneter Sprengstoff fur Atombomben. Eine Plutonium-Erzeugung und -verarbeitung im großen Stil hat erhebliche politische Konsequenzen, wenn ein Mißbrauch des Strahlengiftes verhindert werden soll.

Die hat das Oberverwaltungsgericht Munster zur Vorlage des Atomgesetzes, das die Entscheidung daruber allein der Exekutive uberläßt, beim Bundesverfassungsgericht bewogen. Als das Atomgesetz 1959 verabschiedet wurde, war der „Schnelle Bruter" selbst für die Techniker noch Zukunftsmusik. dpa

FR 20.8.77

Sie würden uns gerne im Knast begraben...

Beitrage

zur Solidaritat mit den politischen Gefangenen in der BRD und Westberlin

zur Auseinandersetzung um den 2. Juni 67 10 Jahre danach

von

Peter-Paul Zahl * Karl-Heinz Roth * Horst Mahler * Hans-Christian Strobele * Henning Spangenberg * Jurgen Arnold * Walter Moßmann * Erich Fried

Unter diesem Titel ist ein 112 seitiges Buch erschienen
4,80 DM im linken Buchhandel oder gegen Voreinsendung von DM 5,... in Briefmarken bzw. in bar bei
Wohlthat'sche Buchhandlung
Rheinstr. 11, 1000 Berlin 41
Der Erlos dieses Buches ist bestimmt fur die Verteidigung in politischen Prozessen.

Aus dem Inhalt:

Hans-Christain Strobele:	Gegen auswahlende Solidaritat mit politischen Gefangenen
Henning Spangenberg:	Isolationshaft in westdeutschen Gefangnissen
Jürgen Arnold:	Einschrankung der Verteidigerrechte – Berufsverbot für Anwälte
Erich Fried:	Solidaritat mit den politischen Gefangenen
Karl-Heinz Roth:	Zehn Jahre danach: Der 2. Juni 1967
Peter-Paul Zahl:	Die soziale Revolution ist die permanente Revolution ist der Klassenkampf als standiger Lernprozeß
Horst Mahler:	Der 2. Juni 1967 und unsere Zukunft

Außerdem mit Gedichten von Walter Moßmann, Erich Fried und Peter-Paul Zahl

Über die Texte:

„Entsolidarisieren! Isolieren! Eliminieren!"
Das ist die Devise des Bundeskriminalamts. (lt. BKA Chef Herold) Um zu verhindern, daß diese verheerende Strategie, die auf Zerstörung der menschlichen und politischen Identität der politischen Gefangenen und auf die Abtrennung von der linken Bewegung zielt, nicht weiterhin innerhalb der Linken verfängt, befassen sich die Autoren dieses Buches mit der Frage der Solidarität.

Es wird aufgerufen zu einer kritischen Solidarität mit *allen* politischen Gefangenen. E. Fried schreibt hierzu an dieser Stelle über: „...die Notwendigkeit einer *gesamtlinken Solidarität*, bei der die jammerlichen Worte „Der und der gehört für mich nicht zur Linken", endlich *hinter* uns bleiben mußten. Zur Linken gehört in diesem Sinne alles, was die Herrschenden, was die Rechten und ihre Handlanger und Platzhalter als Feind bekampfen. Solidarität setzt nicht ungefähre Meinungsgleichheit voraus. Solidarität ist auch nicht nur Sache des guten Herzens, sondern ist, wenigstens zum Teil, aufgeklärte Selbsterhaltung." Und W. Moßmann hierzu in einem Lied: „...diese Schlinge aus Gesetzen paßt doch auch um deinen Hals und wenn die das Messer wetzen trifft uns später, bestensfalls"

Die Intention der Herausgeber ist es, mit der Veröffentlichung der Texte der politischen Gefangenen und der Rechtsanwälte einen Beitrag zur Solidarität mit den politischen Gefangenen und zur weiteren Diskussion sozialistischer Politik in der BRD und Westberlin zu leisten.

Postanschrift: Postfach 210512
1 Berlin 21
tel. 6932199
Büro: Mehringdamm 99-1 Berlin 61

Rote Hilfe
Westberlin

Schleier über der Linken

oder:

Hast Du Dich auch schon distanziert?

Nein,wir distanzieren uns nicht,die Rote Hilfe ist nicht betreit,sich an dem staatlich verordneten Distanzierungs - und Abgrenzungswahn zu beteiligen,der innerhalb der Linken ausgebrochen ist.
In den meisten Stellungnahmen der linken Gruppen zu den Kölner Ereignissen treten politische Auffassungen hervor,die schon seit längerem immer weitere Kreise der Linken erfassen und die wir für gefährlich halten.Eine rühmliche Ausnahme bildet der KB mit seiner Stellungnahme im Arbeiterkampf Nr.113 und in Rotfrontstadt,Nr.28,die wir in der Haupttendenz unterstützen.
Wir wollen uns an dieser Stelle nicht mit den schwachsinnigen Ausserungen der KPD ("ein Bandenkrieg in den Reihen der Bourgeoisie",Rote Fahne,7.9.)oder der KPD/ML ("alles gegen die Partei gerichtet")auseinandersetzen.
Wir halten es aber für wichtig,sich mit dem zu befassen,was das SB und die verschiedenen linken und liberalen Intellektuellen an Stellungnahmen von sich gegeben haben.Dies trifft auch auf große Teile der Sponti-Scene zu.
Viele halten es für richtig,Empörung,Wut und Entsetzen,ehrlich gemeinte Trauer und tiefes Mitleid zu äußern. Und überhaupt wird Moral sehr groß geschrieben.So sagt der Arbeitsausschuß des SB:"Wir Sozialisten lehnen Mord als Mittel der Politik nicht nur aus taktischen,sondern aus prinzipiellen Gründen ab. Für Sozialisten ist das Ziel eine humane Gesellschaft zu schaffen,dauerndes,täglich geltendes Gebot...In diesem Sinne gilt prinzipiell,daß das sozialistische Ziel nicht durch inhumane Mittel angestrebt werden kann."(FR vom 14.9.)
Mit diesem abstrakten Begriff von Humanismus können wir jedoch in der politischen Realität nichts anfangen,denn dieser Staat kümmert sich einen Dreck um Moral und Humanität.Die staatliche Absage ab Gewalt und Terror ist nichts anderes als wiederliche Heuchelei, wenn man die tägliche Gewalt in diesem System sieht:
-- über 50 Morde an unbewaffneten Bürgern --zum Teil Kindern-- durch die Bullen;langfristige Morde durch Isolationshaft im Knast;bedrohung von millionen von Menschenleben durch Kernkraftwerksbauten; tödlich ausgehende Unfälle am Arbeitsplatz wegen mangelnder Sicherheitsvorkehrungen usw.
Der Staat will die Linke auf eine totale Absage auf revolutionäre Gewalt verpflichten.Letztlich also auch darauf herrschende Verhältnisse zu akzeptieren.
Wir brauchen nicht die Geschichte zu bemühen,um zu wissen,daß die Herrschenden nie ihren Sessel freiwillig räumen werden,sondern im Gegenteil ihre Macht mit Brutalität und Gewalt aufrechterhalten wollen.
Es ist nun leider einmal so,daß einen Beteuerungen der eigenen Friedlichkeit und humanen Absichten nicht vor Gummiknüppeln,Gewehrkugeln und Panzern schützen,d.h. also bestimmte Formen werden uns aufgezwungen.Die abstrakte und politische Verurteilung von Gewalt führt nur in die Sackgasse der Hilflosigkeit und Ohnmacht.Ziel der Kampagne des Staatsapparates ist es,die Linke an der Frage der Gewalt weiter zu spalten in einen friedlichen,anständigen Teil auf der einen und einen gewalttätigen,terroristischen Teil auf der anderen Seite.Am besten ist dies zur Zeit an der Propaganda gegen die AKW-Gegner zu sehen.
Die seit Jahrtausenden erprobte Methode der Herrschenden-(DIVIDE ET IMPERA) teile und herrsche-bewährt sich mal wieder und viele Linke flippen darauf ein.
Die Diskussion um die verschiedenen Möglichkeiten von Widerstand gegen dieses System soll eingeengt werden,in dem bestimmte Formen als nicht mehr diskussionswürdig erklärt werden.So schreibt das SB:...Indem wir terroristische Handlungen als Mittel der Politik radikal bekämpfen,kämpfen wir an einer doppelten Front: Wir treten zum einen all denjenigen entgegen,die mit klammheimlicher Freude "sozialistische Politk dadurch diskreditieren,daß sie terroristische Mittel spielerisch taktisch abwägen...."
In einer vom OSI der Westberliner FU ausgehenden Stellungnahme von sage und schreibe 120 Proffessoren und 25 Assistenten kündigen diese an,sich "verstärkt mit all jenen Konzeptionen politisch und wissenschaftlich auseinanderzusetzen,die die Notwendigkeit auf gewaltsamer gesellschaftlicher Veränderung nicht ausschließen" und "allen Bestrebungen unter den Studenten entgegenzuwirken,die ...zu klammheimlicher oder erschreckender Gleichgültigkeit gegenüber diesen politisch motivierten Leuten tendieren und damit jenen Kräften in die Hände arbeiten,die politische Aktivität von Studenten ohnehin einzuschränken versuchen".(WELT vom 12.9.77)
Das gefährliche an diesen Stellungnahmen ist nicht d die Ablehnung von Guerillapolitik,sondern die Art und Weise wie dies getan wird und was da für Positionen auftauchen.Der gemeinsame Gegner,Staat und Kapital, wird allmählich aus den Augen verloren,der Widerspruch zwischen uns und dem Staat wird verschleiert.Der Gegner ist nun nicht mehr der Staat,sondern die Guerilla, die Schuld an allem Übel ist,die alle Basisarbeit kaputt macht,die "mit wenigen Schüssen...vieles zunichte machte,wofür wir jahrelang gekämpft haben.Mit einem Schlag war durch den Mord an Günter v.Drenkmann die Debatte über die Haftbedingungen zu Ende".(SB-Erklärung).
So findet man in der Guerilla einen bequemen Sündenbock für die eigene Hilflosigkeit und Unfähigkeit im Kampf gegen die Repressionen des Staates.Daß gerade die Guerilla ein Versuch ist,die Resignatin und Ohnmacht der Linken aufzuknacken,zu zeigen,daß es vielleicht mit anderen Kampfformen besser geht,wird verdrängt.
Zu guterletzt landen diese "Linken" dann bei der Verteidigung des herrschen den Systems."Große Empörung" wird über die Gewalt der Terroristen geäußert,aber k kein Wort der Empörung über die wüste Hetzkampagne gegen jeden,der in diesem System nicht alles gut findet. Kein Wort über den zunehmenden Ausbau des Polizeistaates,kein Wort über die verschärften Haftbedingungen und die geplanten Ausnahmegesetze zur Verhinderung von Verteidigerbesuchen im Knast, kein Wort über die Rufe nach der Erschießung politischer Gefangener---all das gibt es wohl nicht?

Aber "wenn heute Staatsbürger,insbesondere Justiz- und Polizeibeamte,rücksichtslos niedergeknallt werden, dann sind solche Taten eine Gefahr für die demokratische Republick.Solch brutales Vorgehen ist eine reale Bedrohung der Schutzrechte des Bürgers-- auch weil auf diese Weise staatliche Organe dazu gebracht werden,als Reaktion demokratische Freiheitsrechte einzuschränken...die Täter sind zu einer außerordentlichen Gefahr geworden---auch und gerade für die Linke...indem die Täter die demokratische Republick in ihrer Substanz angreifen und glauben, mit solchen Verbrechen beweisen zu können,daß der im Grungesetz proklamierte Rechtsstaat nureine Illusion ist..." (aus einer Erklärung von 77 Intellektuellen,unter anderem Abendroth,Agnoli,Flechtheim und Gollwitzer aus dem Tagesspiegel v. 14.9.77).
Also nicht der Staat baut demokratische Rechte ab, sondern die Guerilla.Ihr wird also damit vorgeworfen den Faschismus herbeizubomben.Die bewaffneten Gruppen sind jedoch nicht die Ursache für das herrschende politische Klima,noch nicht mal die Ursache für die Durchsetzung neuer repressiver Gesetze,denn viele liegen schon seit Jahren in den Schubladen. (Siehe Cobler "die Gefahr geht von den Menschen aus. Der vorverlegte Staatsschutz ")

Diese Linken sollten sich mal den Schleier vor ihren Augenentfernen und sich wieder der Realität in dieser demokratischen Republik bewußt werden und ihrer Ursachen. Mit ihren jetzigen Stellungnahmen tragen sie nur dazu bei, von der Verantwortung des Systems für die Zustände in der BRD abzulenken und die von ihm ausgehenden Gefahren für ein menschliches Leben zu verniedlichen. Des Beifalls der Herrschenden können sie sich dabei gewiß sein. So heißt es im Tagesspiegel vom 13.9.77 : "Auf jeden Fall hat der brutale Angriff der Terroristen bewirkt, daß sich die Geister scheiden und daß endlich ein politischer Klärungsprozeß einsetzt..." Die Linken, die sich an diesem Klärungsprozeß beteiligen wollen, sollten sich darüber klar werden, wohin er führt: in den Arsch der Bourgeoisie. Sie fallen damit auch denen in den Rücken, die sich nicht daran beteiligen wollen, die sich nicht distanzieren. Indem sie sich einen Persilschein der eigenen Unschuld ausstellen, lenken sie

die staatliche Hetze auf alle, die dieses Spiel der Herrschenden nicht mitspielen. Die "Distanzierer" helfen dem Staat dabei, uns alle, letztlich auch sie selbst, in die Ecke zu drängen, wo er nach und nach alle kritischen Kräfte nach der Methode "Teile und Herrsche" aufrollen und erledigen kann.

Wir lassen uns von diesem Staat nicht darüber vorschriften machen, mit welchen Mitteln die Auseinandersetzungen mit ihnen zu führen ist. Für uns ist die Frage Bewaffneter Kampf ja oder nein garkein Frage;die Frage ist, wie und womit wir uns gegen die herrschende Gewalt in der jeweiligen Situation unter den jeweiligen Bedingungen zur Wehr setzen und Erfolge erzielen können. Es gibt eine breite Palette von Möglichkeiten des Widerstandes, angefangen von Reden mit den Nachbarn über Beteiligungen an Demos oder Veranstaltungen und bis hin auf bewaffnete Angriffe auf Einrichtungen und Repräsentanten dieses Systems.
Alle diese Möglichkeiten können richtig sein und es ist falsch, eine gegen die andere auszuspielen!

Genau darüber meine wir, ist es wichtig, sich sowohl mit dem SB als auch mit der Stadtguerilla auseinanderzusetzen. Eine solche Diskussion ist aber nur dann möglich, wenn nicht von vorneherein bestimmte Gruppen und deren Kampfformen als außerhalb der Linken stehend diffamiert werden.

was uns alle angeht:

"Einige Stunden vor der Rede des Kanzlers vor dem Bundestag löste die Polizei eine der umfassensten geheimen Konteroffensiven aus, um die Unterstützungsnetze des Terrorismus zu kappen und um sich einige hunderte legale "Geiseln" zu verschaffen.
Der westdeutsche Staat verteidigt sich und bereitet so geheim wie möglich eine blitzartige Gegenattacke gegen die linksradikalen Mileus und Symphatisantenzirkel der Baader-Bande. Minuziös vorbereitet und von den Computern der BKA-Zentrale gesteuert und Aufgrund von Durchsuchungen und Recherchen der letzten 10 Tage wurde die große Razzia in der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag ausgelöst. Beinahe 30.000 Polizisten haben an dieser ultra-geheimen Operation teilgenommen und die Linksradikalen überrascht."
Zitat: L'Aurore vom 16.9.77
Journalist Philippe Bernert
(eine rechte franz. Tageszeitung)

Dies muß kein Science-Fiktion sein. Wir wissen nicht, ob diese Nachricht stimmt oder nicht, sicher ist das sowas passieren wird. Durch die totale Nachrichtensperre bekommen wir kaum etwas mit von:

Hausbesuchen mit Alibibefragung
Hausdurchsuchungen
ED-Behandlungen
Festnahmen
Observation
Schikane durch die Bullen
Straßensperren

nach den hetzkampagnen,die in den medien laufen und den aufforderungen,den terroristensumpf endlich auszutrocknen,müssen wir nach dem ende der schleyer-entführung mit polizeimaßnahmen,mit verhaftungen und durchsuchungen rechnen.was laufen wird,können wir nicht voraussehen,aber wir wissen, daß es jeden von uns treffen kann,auch wenn wir meinen,wir gehörten nicht zum kreis der verdächtigen.es ist unheimlich wichtig,daß wir uns auf diese polizeimaßnahmen vorbereiten,daß wir wissen,wie wir uns zu verhalten haben.dies hilft auch die eigene angst zu verringern.gerade die psychologische vorbereitung auf bullenmaßnahmen kann gefährliche fehlreaktionen verhindern.dazu sollte man/frau nochmal das buch von eschen/sami:wie man gegen polizei und justiz die nerven behält,rotbuchverlag. lesen,allerdings sind die juristischen tips teilweise falsch,weil diese gesetze inzwischen teilweise geändert worden sind.
die folgenden ratschläge entnahmen wir einem frankfurter flugblatt :

1. Die Polizei ist nach der Erschießung dreier Kollegen nicht gewillt, besondere Zurückhaltung zu üben.
   Daher: Keinerlei Widerstand leisten, die Jungs haben "einen nervösen Zeigefinger" (FR 16.9.77 S. 3)

   In besonders gefährdeten Objekten, also in den Lieblingswohnungen, die bei allen Gelegenheiten bevorzugtes Besuchsobjekt sind, Wertgegenstände auslagern. Schon nach der Lorenz-Entführung glänzte die Polizei durch systematische Zerstörung wertvoller Einrichtungsgegenstände.

2. Wer von 156 hochgefährlichen Personen redet, muß sie auch irgendwann verhaften. Folge: Die vorhandenen Rechtsanwälte reichen nicht aus, um die Verhafteten in den Zellen zu besuchen. Es gibt nur 2 Möglichkeiten: Entweder das Prinzip, wer zuerst kommt, mahlt zuerst, d.h. rette sich, wer kann, wird befolgt, sodaß halt die ersten, die sich melden, einen Anwalt haben, der Rest aber ohne Anwalt bleiben muß. Oder alle - und es kann jede-n treffen - begreifen den Angriff des Apparats als Angriff auf alle. Dann muß jede-r zunächst auf einen Anwalt verzichten. Jede-r Verhaftete muß warten, ob er-sie wieder freigelassen wird. Die Staatsgewalt hat die Alternative, jede-n Verhaftete-n bis zum Ende des Tages (24 Uhr), der auf den Tag der Verhaftung folgt (Beispiel: Verhaftung dienstags 1 Uhr: Entlassung muß spätestens Mittwochs 24 Uhr erfolgen) festzuhalten. Dann muß sie die-den Verhaftete-n entweder freilassen, oder dem Richter zur Entscheidung über den Erlaß eines Haftbefahls vorführen.
3. Es werden weitaus mehr verhaftet werden, als dann schließlich dem Haftrichter zwecks Erlaß eines Haftbefehls vorgeführt werden. Auch diejenigen, die dem Haftrichter vorgeführt werden, sollten sich darauf einrichten, daß dabei immer noch kein Rechtsanwalt für sie vorhanden ist.
   Grund: Jeder Rechtsanwalt, der irgendeine-n der Verhafteten vertritt, ist nach §146 Strafprozeßordnung von der Verteidigung jeder-s anderen ausgeschlossen; und zwar für alle Zukunft, weil nach Gerichtsentscheid die Verteidigung anderer auch dann verboten ist, wenn die-der zunächst verteidigte mit dem Vorwurf erweislich nichts zu tun hatte.
   Konsequenz: Ein Rechtsanwalt, der in der Haftprüfung eine-n Genoss-in-en vertritt, kann - wenn der-die Genosse-in freigelassen wird - andere Genoss-inn-en, die nicht freikommen, sondern gegen die erstmal Haftbefehl ergeht, nicht mehr verteidigen. Die geringe - Anzahl der Rechtsanwälte muß daher für diejenigen "aufgespart" werden, die letztlich in den Fängen des Staatsapparates hängenbleiben, d.h. gegen die Haftbefehl erlassen wird. Bei denjenigen erst wird eine anwaltliche Verteidigung wirklich nötig. Innerhalb von 14 Tagen muß dann im übrigen erneut eine Haftprüfung vorgenommen werden. Das ist der Zeitraum, mit dem jede-r rechnen muß. 14 Tage Haft sind für jede-n von uns drin.
4. Das bedeutet: Jede-r ist zunächst ca. 2 Tage lang völlig allein auf sich gestellt. Er muß mit großer Brutalität der freiheitlichen Organe rechnen. Der Vorwurf des vier-fachen Mordes wurde schon gegenüber dem Druckladen erhoben, er wird sicherlich noch öfters auftauchen (s. Gerard). Wir sollten darauf gefaßt sein.
   Oberstes Gebot: **Nicht ein einziges Wort zur Sache sagen.** Fragen, was man ihr-ihm aufgrund welcher Tatsachen vorwirft. Aber mit keinem Wort darauf eingehen. Die Aussage zur Sache verweigern, auch dann, wenn wir versprochen kriegen, daß wir frei kommen, wenn wir Alibi oder sonstwas erzählen; auch nichts unterschreiben. Wenn das nicht durchgehalten wird, belastet man-frau die eigenen Genoss-inn-en, ob man-frau will oder nicht, indem wir uns selbst entlasten. Mit anderen Worten, wir fallen auf die Isolierungsstrategie des Apparates herein und beginnen unsere Unschuld zu beweisen. Dies verlangt das Grundgesetz nicht von uns.
5. Wer festgenommen wird, sollte auf jeden Fall darauf bestehen, einen Rechtsanwalt anzurufen, um mitzuteilen, daß und wer festgenommen wurde. Der Rechtsanwalt übernimmt durch solch einen Anruf noch keine Verteidigung, bleibt also für die frei, die dann wirklich einen Verteidiger brauchen. Aber: für alle wird druch solche Anrufe überschaubar, wer festgenommen worden ist. Das ist wichtig für Gegenmaßnahmen draußen.

Wichtig:

- NICHTS SAGEN
- NUR ANGABEN ZUR PERSON MACHEN
- NICHTS UNTERSCHREIBEN
- VOR VERNEHMUNGEN EINEN ANWALT VERLANGEN
- DIE ROTE HILFE UND/ODER EINEN ANWALT VON POLIZEIMAßNAHMEN,DIE EUCH BETREFFEN, sofort BENACHRICHTIGEN

wir fordern alle auf,gegen sie eingeleitete polizeimaßnahmen nicht als privatsache zu behandeln, sondern uns zu informieren.wir haben einen telefondienst in unserem neuen büro am mehringdamm 99 eingerichtet,der die aufgabe hat,diesbezügliche informationen zu sammeln,tips zu geben,anwälte zu vermitteln usw.

MONTAG BIS SAMSTAG : 18 - 20 UHR
tel 693 21 99

die rote hilfe ist im moment ziemlich pleite.wir brauchen dringend geldspenden,damit wir die gelder für die gefangenen und die zeitungsabos weiter bezahlen können.deshalb spendet:

Spendenkonto: Sonderkonto D. Krauss

Pscha. Bln.West Nr. 372 387 – 105

am freitag findet im spectrum ein solidaritätssaufen statt.die einnahmen des abends gehen an die rh.deshalb kommt massenhaft:

Freitag ins Spectrum!!

KLEINANZEIGEN

Mal endlich ein Kuß an Olaf wieder

Ich will auf der Stelle ne S.-h.-Wohnung!

Hallo P. Ich glaub wir packen 's! bestimmt

An die drei Frauen in dem wunderschönen Auto liebe Grüße

Wir suchen Regale aller Art
und Waagen- zum Wiegen
Tel 6122798 Gilla
7848457 Karin

2 Schreibtische u. einen Kleiderschrank billig zu verkaufen 6122149

I feel the earth move under my feet...

Frage: Ist die „undurchschaubare" deutsche Wirtschaft nun ent-schlüsselt worden, oder nicht? Sachdienliche Hinweise an jede Polizeidienststelle!

WOHNEN WIE AUF DEM DORF! Mit kleinem Garten! Nur 15.Min. mit Bus zur FU! Hast Du 2o-25jährige/r Frau/Mann Lust zu uns 2 m (22,23) in das ab Mitte September freie Zimmer unserer Mini-WG zu ziehen und mit uns gemeinsame Interessen (undogm. Politik, alternative Lebensformen, Fotografieren, Kochen,u.a.) zu verwirklichen? Unsere Lebenshaltungskosten incl. Miete betragen pro Person/Monat rund 25o DM. Alles weitere bei: C.Lutze und Th.Kelsch, Alt-Schönow 5, 1/37

Wir verkaufen naturreinen Honig Direkt vomImker. Der Preis ist noch unklar. Das Pfund zwischen 7 u. 8 Mark(Zuckerwasser-Honig von Langnese ungefähr 5 Mark)
Tel 6181557 Thomas
7848457 Karin

Hallo Robert! Wenn Du die Woche nicht auftauchst, machen wir die Grenze dicht! Melde Dich sofort auf der Stelle!

Gruß von rate mal von wem!

wir haben immer noch einen voll funktionsfähigen backofen zu verschenken(anschluß an jede gasquelle mit einem gummischlauch).da er bei uns nur platz wegnimmt,werden wir ihn nächste woche wegwerfen, wenn ihn nicht vorher jemand abholt-dafür ist er aber eigentlich zu schade. te. 261 74 49

DIE ZEIT EILT STEIG EIN FAHR MIT

Welche Desperados begeben sich mit uns in Lebensgefahr. Wir fahren ab Mitte Nov. für 3 Mon. nach Nigeria/Kenia incl. Sahara-Durchquerung.

ZEIT LUST und GELD Voraussetzung!!

Schreibt an H.-J. Schmidt, G. Kletzing Farbmühle 17 56 Wuppertal Postfach

Susi,31 und Steve,2 1/2 J. suchen Frau,Mann oder auch Pärchen -aber mit Kind-,die bei uns wohnen wollen, Ruft uns doch bald mal an 853 52 17

"Der Andere Laden" sucht billig oder geschenkt: 1 Schreibmaschine,1 Allesbrenner; 1Berlin65,Bellermannstr.1

Verschenken undogmatischen lieben Kater 1,5 Jahre alt, kastriert mit Zubehör; Tel. 461 73 03

Wir haben 4 Fernseher zum Ausschlachten, umsonst. 6122149

Fernseher dringend gesucht,möglichst billig am besten umsonst;WICHTIG für unsere Videoarbeit im TALI'Kino und im Videoladen Kreuzberg.Kann auch 'n klein bischen kaputt sein. Bitte ruft an,wenn bei euch einer rumsteht 213 61 83 Wieland oder abends im TALI 691 24 05
+++ WIR DANKEN SCHON MAL///

Meine alte Ente (16 PS, Bj.70, TÜV 5/78) will ich je jetzt verkaufen. Bremse ist kaputt, sonst fährt'se. 500 würde ich schon gerne noch haben. Petra 313 99 83

Wir suchen noch ein ca 5-jähriges Kind für Kinderladen in Charlottenburg. Wollen versuchen, ohne Vor schul terror auszukommen und suchen Leute, die sich auch aktiv mit uns davür einsetzten wollen. Bertha 8528479

Großes Zimmer in 2-Zimmerwohnung an freundlichen Mit bewohner zu vergeben. Ich bin Student, 24 Volker 262 15 03

Eine Matte u. noch 2 Lehnsessel zu verschenken. 6122149

Wie ihr natürlich alle gehört habt, ist vom 3.-8.10. die 2. Sommeruni für Frauen. Für die anreisenden Frauen brauchen wir Schlafplätze. Wir warten auf eure schriftlichen Angebote an: Angelika Krag, Mittenwalder Str 14, 1Berlin 61

2 Zimmer in kleiner WG frei. Da es dafür auch einen seperaten Eingang gibt, kann man daraus auch eine 1-Zimmerwhg mit Küche machen. Dusche, Gasheizung und ziemlich teuer. Ruft trotzdem mal an. tel 618 23 58

An alle Spontis und speziell an Tina mit Holger möchte ich ein paar Grüße schicken. Vielen Dank und ein dickes A von einem Sponti aus seinem Schließfach.

Wohnungsangebot: 2 Zimmer in WG frei möglichst Frau ab 25, Warmmiete 200,- bzw 160,- Spandau, verkehrsgünstig zur TU, Tel. 331 89 78

Wir (für euch etliche ein paar Betroffene) wollen etwas gegen die Sanierungen im Bereich Dresdenerstr, Oranienstraße, unternehmen. Es soll fast alles abgerissen werden. Wir treffen uns am Sonntag, 18.9. in der Dresdenerstr 121/122 Hinterhof. Tel. 614 61 75 Vielleicht gibt es schon jemanden,der was macht? Na,toll,dass ihr was macht.

Hallo

TERMINE:

bin ich heute wieder kreativ

Dienstag 13.9.: FRAUENBOXEN ???
Wo seid ihr geblieben? Wir wollen dringend wissen, wer auf der Demo am 3.9. verhaftet oder mißhandelt worden ist. Kommt massenhaft am Di. den 13.9. 20[00] in die Fabrik Kurfürstenstraße 14

Mittwoch 14.9.: Film „Was lange gährt, wird endlich Wut" im Drugstore 20[00] mit Diskussion...

Immernoch Mittwoch 20[00] Feuerwachenplenum im Wespennest

Donnerstag 19[00] Malville-Kommitee, Seelingstr. 14

DONNERSTAG 15.9. 11[30] KUNDGEBUNG VOR DEM REICHSTAG (wie in alten Zeiten?) gegen die KMK (Kultusministerkonferenz) Organisiert vom ZBW

23.9. Film im Drugstore: Die Ferien des Monsieur Hulot

24.9. Demo in Kalkar

UND AM FREITAG?

19[30]

AKW-NEE-FEST

mit Informationen über: Kalkar Malville Grohnde AKW-Filmen mehreren Rockgruppen und vielen anderen Überraschungen (Tornados)

kommt mal massenhaft!

AM FREITAG DEN 16.9.77 IM ARCHFAK UBAHN: ERNST-REUTER-PLATZ

Letzten Donnerstag haben sich mehrere Atominitiativen getroffen, um gemeinsam Vorbereitungen für Kalkar zu treffen. Interessierte treffen sich am Mittwoch den 14.9. 20[00] im evang. Gemeindezentrum Götzstr. 24 1/42 U-Bahn Alt Tempelhof

AKW NEE und schon gar keinen schnellen BRüTER

Im Wald is kalt – Inner Walde nich – schön!!

Kleine Anmerkung zu 3 Bullen

"Mittel der Obrigkeit"

man muss sie gesehen haben
diese gesichter unter dem tschako
waehrend der schlaege

man muss sie gesehen haben
diese gesichter unter dem tschako
zwischen schlag und schlag

man muss sie gesehen haben
diese gesichter unter dem tschako
nach dem schlaegen

sag nicht: diese schweine
sag: wer hat sie dazu gebracht

Peter Paul Zahl

Eine Erklärung warum das Info diese Woche nur so dünn ist.....:

Weil es nicht genug Leute gibt.
Viele der Leute, die öfter mal beim Info mitmachen haben sich zusammengesetzt, und lang und breit die jetzige Situation beim Info bequatscht.
Es ist in letzter Zeit sehr viel Streß mit dem Infomachen verbunden gewesen.Streß wegen Beschlagnahme, Streß wegen verschiedener Gruppen, die uns sehr deutlich ihre Einschätzung von uns als reiner Serviceleistungsclub gezeigt haben, Streß wegen der angeblichen Zensur.
Jetzt wollen wir umziehen, die Renovierung der neuen Räume haben wir kaum gepackt, alles hat sich verzögert.Die Gefangennahme von Schleyer zeichnet bereits Reaktionen ab, die Bullenterror erwarten lassen wie nach Lorenz oder schlimmer.Wir brauchen endlich mal

die Zeit, um Sachen zu klären.In einer Situation, in der es die Repression ganz schön schwer angehen wird, wollen wir nichts überhasten,und alles, was heute-Sonntag-abend an Kommentaren uns Einschätzungen kommen könnte, könnte überhastet sein.
Wir haben beschlossen erstmal nur xxkexexx Schleyers Lebenslauf abzudrucken, damit alle wissen, wen die RAF da eigentlich gefangen hat.Die Sachen zu Kalkar erschienen uns dann weiterhin sehr dringend.
Kleinanzeigen udd Termine sind klar.
Nächste Woche soll gar kein Info erscheinen.Wir wolle unsere Diskussion weiterführen und nehmen an, daß das dem Info gut bekommen wird.
Trotz der geringen Seitenzahl knöpfen wir Euch einen fuffziger ab, die Renovierung war halt sauteuer.
Nach Kalkar , nach der Freilassung (oder auch nicht?) der RAF-Genossen gehts natürlich weiter, und wir erwarten inzwischen jede Menge Artikel,Termine und die mit Recht so beliebten Kleinanzeigen.